



Interkulturelle Beiträge 27

Jürgen Micksch
Muslime gehören zur
deutschen Gesellschaft

10 Jahre Deutsches Islamforum

Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft

Interkulturelle Beiträge 27

Herausgegeben von Jürgen Micksch (frühere Ausgaben erschienen im Verlag Otto Lembeck, Frankfurt am Main)

Gedankt wird der Karl Konrad und Ria Groeben Stiftung für die Förderung des Deutschen Islamforums und dieser Veröffentlichung.

Jürgen Micksch

Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft. 10 Jahre Deutsches Islamforum

mit Statements von

Bekir Alboğa, Hildegard Becker, Korkut Buğday, Naime Çakir,
Ulrich de Tallez, Albrecht Fuess, Ian Johnson, Ehrhart Körting,
Petra Kunik, Hüseyin Kurt, Aiman Mazyek, Hamideh Mohagheghi,
Martin Neumeyer, Erol Pürlü, Claudia Roth, Ursula Rüssmann,
Ayla Satilmis, Abdullah Uwe Wagishauser, Wolf Walther
und einem Nachwort von Yaşar Bilgin



EBVERLAG

Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek
verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Buch, einschließlich aller seiner
Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen sowie die
Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen bedürfen der
schriftlichen Genehmigung des Verlags.

Gesamtgestaltung: Rainer Kuhl
Satz: Nadine Scherer
Umschlagmotiv: Kuppel der Moschee im Schlosspark
Schwetzingen © clearlens – Fotolia.com
Copyright ©: EB-Verlag Dr. Brandt
Berlin, 2012
ISBN: 978-3-86893-088-7
E-Mail: post@ebverlag.de
Internet: www.ebverlag.de
Druck und Bindung: Druck und Verlag Stücker, Ettenheim
Printed in Germany

Inhalt

<i>Jürgen Micksch</i>	
Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft	11
Die umstrittenen Themen	12
Im Grundgesetz steht nichts, wozu ein Muslim	
„Nein“ sagen müsste	14
Terror ist mit dem Islam nicht vereinbar	15
Scharia als Glaubensweg	16
Moscheen als Orte der Integration	18
Minarett und Ezan	18
Kopftuch und Ganzkörperverschleierung	19
Religionsfreiheit und die Todesstrafe für Apostasie	20
Bestrafung von Frauen	20
Islamischer Religionsunterricht	21
Klassenfahrten und Schwimmunterricht für Mädchen	22
Kriminelle Jugendliche	22
Ärger mit den Medien	23
Antisemitismus	24
Salafiten	25
Die den Dialog verweigern	25
Erfahrungen	26
Chronologie zum Deutschen Islamforum	28
Wirkungen	41
Dialogprinzipien	44
Perspektiven	45
Dank	48

10 Jahre Deutsches Islamforum

Statements

<i>Bekir Alboğa</i>	
Partizipation der Muslime	49
<i>Hildegard Becker</i>	
„Wer gut gesalzen ist, bleibt länger frisch“	51
<i>Korkut Buğday</i>	
Kontroverse Themen sachbezogen diskutiert	53
<i>Naime Çakir</i>	
Die Engführung auf den Islam durchbrechen	54
<i>Ulrich de Taillez</i>	
„Wir sind doch alle Menschen“	56
<i>Albrecht Fuess</i>	
Ausstrahlung in Länder und Kommunen	58
<i>Ian Johnson</i>	
Ein differenziertes Verständnis des Islam	59
<i>Ehrhart Körting</i>	
Hundert Islamforen sollten blühen	60
<i>Petra Kunik</i>	
Als Jüdin im Deutschen Islamforum	61

Inhalt	7
<i>Hüseyin Kurt</i>	
In jeder Katastrophe steckt ein Heil	62
<i>Aiman Mazyek</i>	
Wichtige Entwicklungsarbeit	64
<i>Hamideh Mohagheghi</i>	
Anderssein nicht als Bedrohung wahrnehmen	64
<i>Martin Neumeyer</i>	
Miteinander reden, nicht übereinander	65
<i>Erol Pürlü</i>	
Die ersten Schritte sind immer mutig!	67
<i>Claudia Roth</i>	
Eine multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft	68
<i>Ursula Rüssmann</i>	
Der Dialog hat Karriere gemacht	69
<i>Ayla Satilmis</i>	
Dialog im Spannungsfeld zwischen Integration und Konflikt	71
<i>Abdullah Uwe Wagishauser</i>	
Vielfalt als Gewinn	73
<i>Wolf Walther</i>	
Konflikte beruhen zumeist auf Unwissenheit und Vorurteilen	74

Inhalt	8
Stellungnahmen	
Arbeitsgrundlage für das Deutsche Islamforum	75
Scharia als Glaubensweg von Muslimen	78
Muslimische Kinder in der Schule	85
Thesen zum Kopftuch	90
Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!	93
Starke Frauen, schwerer Weg!	96
Muslimische Jugendarbeit fördern	99
Protokolle und Berichte	
Die Einladung zur ersten Tagung am 26. Juni 2002	106
Protokoll der 1. Sitzung des Forum Islam	108
Islam mit Demokratie vereinbar	114
Forum Islam will konkrete Missstände beseitigen helfen	115
Auseinandersetzung mit der Islamcharta des Zentralrates der Muslime in Deutschland	116
Islam und Medien	119
Der Streit um das Kopftuch	126
Muslime und Verfassungsschutz	129
Seltene Einmütigkeit muslimischer Organisationen	130
Debatte zur Integrationspolitik	131
Über Scharia differenziert reden	134
Einbürgerungstests	135
Reisefatwa	137
Beratung zu Scharia und Deutsche Islam Konferenz	138
Moscheen als Orte der Spiritualität und Integration	139
Die EKD-Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“	139
Muslimische Mädchen und Schwimmunterricht	142

Inhalt 9

Überwindung von antisemitischen und antiislamischen Einstellungen	143
Für ein „Religionsverfassungsrecht“	144
Deutsche Islam Konferenz	146
Muslime und Datenschutz	147
„Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!“	148
Die öffentliche Debatte zum Islam in Deutschland und Europa	151
Antimuslimische Blogs	154
Muslimische Hassprediger und Salafiten	155
<i>Yaşar Bilgin und Jürgen Micksch</i>	
Thesen nach 10 Jahren Deutsches Islamforum	157
<i>Yaşar Bilgin</i>	
Nachwort	159
Literaturhinweise	161

Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft

Jürgen Micksch

Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft – aber viele wollen das nicht wahrhaben. Bei der Mehrheit der Bevölkerung gibt es tiefsitzende Vorbehalte und Vorurteile. Über vier Millionen Muslime leben in Deutschland und etwa zwei Millionen sind deutsche Staatsbürger. Oftmals sind sie in Deutschland geboren oder leben hier seit Jahrzehnten. Trotzdem werden viele bei der Arbeitssuche oder im öffentlichen Leben benachteiligt. Es wird noch Jahrzehnte dauern, bis Muslime und Nicht-Muslime gleich behandelt werden.

Auch wenn ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen nach verschiedenen Untersuchungen langsam zurückgehen, sind sie weiterhin die am stärksten von Ressentiments betroffene Personengruppe. Das zeigt sich auch an den 1,4 Millionen verkauften Exemplaren von Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“. Medien wie die BILD-Zeitung oder der SPIEGEL lassen auch weiterhin nichts unversucht, um mit Vorurteilen gegen Muslime Auflage zu machen. Das hat zuletzt die Rolle der BILD-Zeitung bei der Veröffentlichung einer Studie zur Lebenswelt junger Muslime durch Bundesinnenminister Dr. Friedrich Anfang März 2012 gezeigt.

Zugleich formiert sich ein immer selbstbewusster werdender antimuslimischer Rassismus. Er organisiert sich in Internetblogs wie Politically Incorrect oder in politischen Parteien und Bewegungen wie der NPD, pro Deutschland, pro NRW, die Freiheit oder Christliche Mitte. Große Wahlerfolge durch eine antimuslimische Stimmungsmache zeichnen sich bisher zwar nicht ab. Allerdings tragen diese Gruppierungen ebenso wie die verbreiteten Vorurteile dazu bei, dass sich gewaltbereite Rassisten und Muslimfeinde ermutigt und legitimiert fühlen. Die Gewalttaten von Oslo und Utøya im Juli 2011 und die Ende 2011 bekannt gewordenen Morde der sogenannten Zwickauer Zelle sind die drastischsten Beispiele hierfür.

Wenn Konflikte und Herausforderungen, die sich aus dem Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen ergeben, unsachlich und vorurteilsbehaftet ausgetragen werden, belasten sie den gesellschaftlichen Frieden. Wenn sie sachgemäß bearbeitet werden, können sie viel zur Weiterentwicklung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes beitragen. Das Deutsche Islamforum hat sich seit 10 Jahren mit diesen Konflikten und Herausforderungen des Zusammenlebens befasst. Seit dem 26. Juni 2002 kommen Muslime und Nicht-Muslime aus unterschiedlichen Lebensbereichen regelmäßig zusammen, um vorhandene Spannungen auf gleicher Augenhöhe zu beraten. Der kritische Dialog gehört genauso dazu wie der faire Umgang miteinander. Im Folgenden werden nun die in 10 Jahren behandelten Themen, Erfahrungen und Ergebnisse zusammengestellt und reflektiert.

Die umstrittenen Themen

Der 11. September 2001 war der Anlass für die Gründung des Deutschen Islamforums. Nach den Terroranschlägen und den folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen rückten Muslime auch in Deutschland ins Zentrum von Misstrauen und gesellschaftlicher Ablehnung. Viele Menschen waren von den Ereignissen des 11. September erschüttert und blickten angstvoll auf „den Islam“ und „die Muslime“.

Gemeinsam mit dem Oberarzt und Vorsitzenden des Rates der Türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland, Dr. Yaşar Bilgin, waren wir davon überzeugt, dass dagegen dringend etwas getan werden müsste. An vielen Stellen haben wir beim Interkulturellen Rat versucht, durch sachliche Informationen und Stellungnahmen zum Abbau von Ängsten und Vorurteilen beizutragen und immer wieder deutlich zu machen, dass Muslime nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürfen.

Gleichzeitig kamen wir zu dem Schluss, dass auch die Muslime aktiv an dem Versuch beteiligt werden sollten, ablehnenden Einstellungen ent-

gegen zu wirken. Wir formulierten einen „Islamischen Kodex“, mit dem der deutschen Gesellschaft signalisiert werden sollte, dass Muslime den Dialog suchen und den inneren Frieden festigen wollen (vgl.: Jürgen Micksch, Islamforen in Deutschland, 2005, S. 91f.).

Während der Arbeit an dem Kodex kamen wir zu der Überzeugung, dass ein dialogischer Prozess sinnvoller ist als ein Dokument. Unsere Idee wurde vom Zentralrat der Muslime in Deutschland aufgegriffen, der eine „Islamische Charta“ erarbeitet und veröffentlicht hat. Wir bereiteten stattdessen ein Forum Islam vor, bei dem kritische Fragen offen angesprochen werden. Nach mehreren Vorbereitungssitzungen befasste sich die 1. Tagung am 26. Juni 2002 mit 23 Teilnehmenden im Öko-Haus in Frankfurt/M. mit dem Thema „Was sind die unveräußerlichen Grundwerte unserer Gesellschaft“ (vgl.: ebd., S. 14ff.).

In den folgenden Jahren wurden unterschiedliche kontroverse Themen behandelt. Dabei erfolgten Einführungen in der Regel aus muslimischer und nichtmuslimischer Sicht. Bei allen Tagungen nahmen ähnlich viele Muslime wie Nichtmuslime teil. Soweit erforderlich wurde nach den Sitzungen an Themen weitergearbeitet. In späteren Jahren wurden manche Fragen im Rahmen des „Clearingprojekts Zusammenleben mit Muslimen“ beim Interkulturellen Rat vertieft. Immer wieder wurden Arbeitsergebnisse veröffentlicht. Gäste der Sitzungen des Islamforums waren erstaunt über die Härte der zahlreichen Auseinandersetzungen. Manche haben sich auch deswegen zurückgezogen. Aber die meisten Gesprächspartner sind dabei geblieben, weil sie erlebt haben, dass offene und kritische Debatten am ehesten dazu beitragen können, gemeinsam zu vertretbaren Lösungen zu kommen. Nicht der Konsens ist das Ziel der Gespräche. Vielmehr ist entscheidend, andere Positionen anzuhören und durch kritische Dialoge dazu beizutragen, dass eine Qualifizierung in der Auseinandersetzung erfolgt. Dann ist es auch eher möglich, gegensätzliche Positionen auszuhalten, die nicht miteinander vereinbar sind.

Bei vielen Themen hat sich gezeigt, dass Vorurteile das Miteinander erschweren und dass es möglich ist, ablehnende gegenseitige Einstellungen

abzubauen. Im Folgenden wird nun versucht, Ergebnisse von Debatten zusammenzufassen.

Im Grundgesetz steht nichts, wozu ein Muslim „Nein“ sagen müsste

Jahrelang ist immer wieder gesagt worden, dass die islamischen Wertvorstellungen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar seien. Das wurde vor allem damit begründet, dass Herkunftsländer von Muslimen durch Militärdiktaturen ohne demokratische Strukturen geprägt sind. Tatsächlich waren vielen der zugewanderten Muslime die Grundwerte der deutschen Verfassung anfangs nicht vertraut. Einige kamen aus Ländern, in denen die staatliche Ordnung aus dem Islam abgeleitet wurde. In diesen Ländern wurden die Wertvorstellungen westlicher Demokratien oft verurteilt. Dadurch verfestigte sich bei manchen eingewanderten Muslimen der Eindruck, dass demokratische Werte mit dem Islam nicht vereinbar seien.

Es hat lange gedauert, bis islamische Gelehrte darauf hinwiesen, dass es im Koran keine Aufforderung gibt, nicht-muslimische Gesellschaften zu zerstören. Erst im Ausland wurde vielen Muslimen bewusst, welche unterschiedlichen Strömungen es im Islam gibt. Dann lernten die Muslime ziemlich schnell, dass es nichts in der deutschen Verfassung gibt, wozu Muslime „Nein“ sagen müssten. Empirische Untersuchungen haben bestätigt, dass hier lebende Muslime die Werte von Demokratie und Freiheit schätzen. Sie haben erkannt, dass sie auch in religiöser Hinsicht hier mehr Freiheiten haben als in den meisten islamisch geprägten Herkunftsländern.

Bei den unterschiedlichsten Themen haben die muslimischen Gesprächspartner deswegen immer wieder betont, dass sie ohne wenn und aber die deutsche Verfassung befürworten und für sich als verpflichtend ansehen. Das gilt auch für die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

In der Veröffentlichung „Islamforen in Deutschland“ aus dem Jahr 2005 habe ich darauf hingewiesen, dass mir nur ein Muslim begegnet ist, der die Monogamie in der deutschen Rechtsordnung ablehnte. Nach der Veröffentlichung dieses Buches hat sich dieser Muslim eindringlich und überzeugend dagegen gewehrt, dass ich dies behauptet habe. Heute kann ich formulieren, dass mir kein Muslim in Deutschland bekannt ist, der die Monogamie in der deutschen Rechtsordnung ablehnt. Möglicherweise gibt es einige Salafiten, die solche Positionen vertreten. Unabhängig davon ist natürlich bekannt, dass inzwischen einige muslimische Flüchtlinge in Deutschland leben, die in ihrem Herkunftsland mit mehr als einer Frau verheiratet waren und diese Mehrehe auch fortsetzen.

Und es bleibt dabei, dass die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Realität noch nicht durchgesetzt ist – aber das ist keine Besonderheit für Muslime.

Inzwischen können wir festhalten, dass die Befürwortung der deutschen Verfassung durch Muslime glaubwürdig ist. Das gilt auch für Anhänger von Millî Görüş oder der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland. Auch wenn mir konkret keine Beispiele von Anhängern bekannt sind, die nicht auf dem Boden der deutschen Verfassung stehen, dürfte das im Einzelfall durchaus vorkommen. Solche Positionen sind nicht mit dem Islam zu begründen, sie finden sich schließlich auch vereinzelt in der autochtonen Bevölkerung.

Terror ist mit dem Islam nicht vereinbar

Angesichts vieler unerträglicher Verhältnisse in Ländern mit muslimischer Prägung haben sich dort unterschiedlichste Formen von Widerstand entwickelt. Manche Gruppierungen gehen davon aus, dass Veränderungen nur durch terroristische Handlungen möglich werden. Ihr Verhalten begründen sie mit dem Koran, der sich deutlich gegen Ungerechtigkeiten ausspricht. Weil sich westliche Staaten immer wieder mit Militärregierun-

gen verbünden, fühlen sich manche legitimiert, den Terror auch gegenüber dem Westen damit zu begründen. Damit hängen terroristische Angriffe insbesondere gegen US-amerikanische Einrichtungen in islamisch geprägten Ländern zusammen und eben auch der 11. September 2001 und vereinzelte terroristische Aktivitäten in Europa.

Nach dem 11. September 2001 wurden in Europa Muslime häufig mit Terroristen in Verbindung gebracht. Muslimische Verbände in Deutschland hatten sich von terroristischen Aktivitäten immer wieder distanziert – allerdings ist das kaum wahrgenommen worden, weil es als unglaubwürdig erschien. Denn immer wieder gab es auch Belege dafür, dass Gewalt von einzelnen Muslimen befürwortet wurde. Darüber ist in den Islamforen häufig gesprochen worden.

Am 16. November 2004 haben die muslimischen Vertretungen im Deutschen Islamforum einstimmig betont: „Der Islam darf nicht mit Terrorismus und Gewalt gleichgesetzt oder in Verbindung gebracht werden.“ Sie befürworteten „Demonstrationen für ein friedliches Miteinander und gegen Terrorismus und Gewalt“. Bei terroristischen Angriffen haben sie das in der Folgezeit immer wieder betont. Die terroristischen Verbrechen von New York, Madrid, London oder Istanbul wurden von allen relevanten Gruppierungen ausdrücklich verurteilt.

Scharia als Glaubensweg

Insbesondere seit dem Jahr 2005 wurde die öffentliche Debatte in Deutschland von der Angst geprägt, dass Muslime die Scharia einführen wollen. Dabei ist die Scharia vor allem als gewalttätiger Verhaltenskodex wahrgenommen und mit dem Handabhacken und der Steinigung in Verbindung gebracht worden. Im Deutschen Islamforum haben wir uns deswegen intensiv mit der Scharia befasst und dazu in mehreren Sitzungen und Arbeitsgruppenbesprechungen eine Erklärung erarbeitet. Sie wurde mit Vertretungen der relevanten muslimischen Gruppierungen erörtert

und am 27. September 2006 veröffentlicht – an dem Tag, an dem die Deutsche Islam Konferenz unter dem Vorsitz von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble das erste Mal tagte. Der Text wurde in der Süddeutschen Zeitung, in der Frankfurter Rundschau und später in der türkischen Zeitung Zaman veröffentlicht (vgl. S. 78ff.).

In der Erklärung wurde betont: „Für die meisten Muslime in Deutschland ist die Einführung der Scharia kein Thema. Es ist für sie befremdlich, dass manche Nicht-Muslime sagen, Muslime wollten die Scharia hier einführen.“

Es wurde dann herausgearbeitet, dass mit Scharia das richtige Verhalten des Menschen in Bezug auf Gott sowie in Bezug auf andere Menschen und die Schöpfung allgemein gemeint ist. Zur Scharia gehören das Glaubensbekenntnis, das tägliche Gebet, die Armensteuer, das Fasten, die Pilgerfahrt sowie zwischenmenschliche Verhaltensregeln. Dies wird dann im Einzelnen entfaltet. Dann wird betont: „Es ist für Muslime nach der auf den Koran gestützten Überzeugung selbstverständlich, das jeweilige Gesetz des Landes, in dem sie leben, zu befolgen.“ Hervorgehoben wird dann die Religionsfreiheit, die das Recht einschließt, die Religion zu wechseln, eine andere oder auch keine Religion zu haben. Die Todesstrafe für den Abfall vom Islam „widerspricht der im Koran verankerten Glaubensfreiheit“. Dann wird hervorgehoben, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind: „Das Schlagen von Männern, Frauen oder Kindern wird abgelehnt. Ebenso werden Beschneidungen von Mädchen und jungen Frauen verurteilt.“ Das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland wird ausdrücklich begrüßt. Wenn verantwortliche Politiker in Deutschland weiterhin betonen: „In Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia“, so ist das auch die Überzeugung der Vertretungen der relevanten muslimischen Verbände.

Der antimuslimische Rassismus verstärkte sich nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Um das Miteinander zu verbessern haben der Interkulturelle Rat und der Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland das Deutsche Islamforum eingerichtet. Am 26. Juni 2002 wurde erstmals zu einem Forum Islam eingeladen. Kritische Fragen des Zusammenlebens sollten offen und kontrovers erörtert werden. Vertretungen aller relevanten muslimischen Verbände nahmen daran ebenso teil wie Persönlichkeiten aus Staat, Gesellschaft, Religionsgemeinschaften und Wissenschaft. Bald danach wurden Islamforen auf Länder- und kommunaler Ebene gebildet. Gefördert werden sie von der Karl Konrad und Ria Groeben Stiftung.

Das Buch enthält Ergebnisse, Erfahrungen und Stellungnahmen zu dieser Arbeit, die dazu beigetragen hat, dass Muslime zur deutschen Gesellschaft gehören.

Zum Autor:

Jürgen Micksch, Dr. phil., evangelischer Theologe und Soziologe, ist Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland und moderiert gemeinsam mit Dr. Yaşar Bilgin das Deutsche Islamforum.

